

Marburg, den 27.11.2021

Sehr geehrter Herr Beuth,

ob vom Mittelmeer, den Lagern auf griechischen Inseln, aus Afghanistan oder dem polnisch-belarussischen Grenzgebiet – uns erreichen katastrophale Bilder und Nachrichten. Menschen, die sich auf der Flucht befinden haben das Recht darauf einen Asylantrag zu stellen. Doch in der Realität werden sie völker- und menschenrechtswidrig durch illegale Pushbacks, ohne die Chance auf ein faires Verfahren, zurückgedrängt und von den europäischen Außengrenzen vertrieben. Wir können diese Bilder und Nachrichten nicht einfach aushalten, wie sich das einige Politiker*innen wünschen.

Durch Kundgebungen, Demonstrationen und weitere Aktionen machen wir als zivilgesellschaftliche Organisationen deutlich, wie sehr uns die europäische und deutsche Politik beschämt. Wie es Kurt Bunke vom Cölber Arbeitskreis für Flüchtlinge treffend formuliert hat: "Wir haben Erfahrung darin, das Zusammenleben neu Angekommener und Alteingesessener zu gestalten. Wir lassen uns nicht als Vorwand für Abschottung benutzen." Über 250 Städte und Kommunen signalisieren als "Sichere Häfen" ihre Bereitschaft, Menschen aufzunehmen, werden aber von der Bundesregierung ignoriert. Hier sind Sie gefragt.

Nachdem Sie in der Sitzung des Innenpolitischen Ausschusses am 7. Oktober die Untätigkeit Hessens damit begründet haben, dass es keinen „Überbietungswettbewerb der Länder“ zur Aufnahme geflüchteter Menschen geben soll, erwarten wir von Ihnen: Nutzen Sie die bevorstehende Innenministerkonferenz in Stuttgart dafür, gemeinsam mit anderen Bundesländern, die Landesaufnahmeprogramme beschlossen haben, für deren Umsetzung einzustehen.

Gemeinsam mit über 2000 Unterzeichner*innen und mehr als 60 unterstützenden zivilgesellschaftlichen Organisationen hinter der Petition "**Hessen hat Platz - Landesaufnahmeprogramm Jetzt!**" fordern wir von Ihnen und der gesamten hessischen Landesregierung:

- Schaffen Sie mit einem dauerhaften Landesaufnahmeprogramm sichere und legale Zugangswege und Lebensperspektiven für geflüchtete Menschen!
- Gehen Sie mit anderen Bundesländern, die ebenfalls ein Landesaufnahmeprogramm beschlossen haben, ein Bündnis ein, um die Blockadehaltung des Bundesinnenministeriums zu beenden und die jeweiligen Landesaufnahmeprogramme umzusetzen.
- Setzen Sie alle Hebel in Bewegung, damit die Bundesregierung endlich ein dauerhaftes Aufnahmeprogramm für aus Seenot gerettete Menschen auflegt. Setzen Sie ein Zeichen, indem Sie der Bundesregierung zusagen, im Rahmen eines solchen Programms geflüchtete Menschen aufzunehmen!
- Ermöglichen Sie, dass Menschen aus den griechischen Flüchtlingslagern [zum aktuellen Zeitpunkt natürlich auch aus Afghanistan und dem polnisch-belarussischen Grenzgebiet], die familiäre Beziehungen in Hessen haben, kurzfristig aufgenommen werden!

Der Unmut in der hessischen Bevölkerung, das zivile Engagement und die Stimmen nach einer menschenwürdigen Migrations- und Asylpolitik sind laut, unerbittlich und unermüdlich. Hessen muss ein Zeichen setzen und ein Landesaufnahmeprogramm beschließen!

(<https://www.change.org/p/hessischer-landtag-hessen-hat-platz-landesaufnahmeprogramm-jetzt>)

Seebrücke Fulda

Seebrücke Kassel

Seebrücke Marburg

Seebrücke Wiesbaden

Kontakt: marburg@seebruecke.org